

DROGENBERICHT

"Gleichgültige Einstellung"

Um gegen Drogenhandel und Geldwäscheorganisationen wirksam vorgehen zu können, müssen neben den Polizeiorganisationen die Justizbehörden grenzüberschreitend zusammenarbeiten.

Weniger dramatisch als seine Vorgänger sieht A. Lourenço Martins, Präsident des Internationalen Suchtstoffkontrollrats (INCB), die weltweite Drogenproblematik: "Drogenkontrolle ist keine Zauberei - Fortschritte können durch die lückenlose Umsetzung der Bestimmungen der internationalen Suchtstoffübereinkommen und durch die Bereitschaft erzielt werden, die Ursachen und Auswirkungen des Drogenproblems und Lösungsmethoden zu untersuchen und öffentlich zu diskutieren", sagte Martins bei der Präsentation des INCB-Drogenberichts 1999 am 23. Februar 2000 in Wien.

Der INCB-Chef bedauerte es aber auch, dass es "in vielen Ländern eine gleichgültige und resignierende Einstellung zum Drogenmissbrauch" gebe. Ein Leben mit Drogen werde als unabänderlich akzeptiert. "Eine derartige Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Abhängigen darf nicht hingenommen werden", forderte Martins. "Wer hier passiv bleibt, überlässt das Feld den Drogenhändlern und lässt die Abhängigen mit ihren Problemen alleine."

Der Internationale Suchtstoffkontrollrat (International Narcotics Control Board - INCB) besteht seit 1968, hat seinen Sitz in Wien und ist das Kontrollorgan für die Einhaltung der UN-Konventionen. Er versucht sicherzustellen, dass eine angemessene Versorgung von Drogen für medizinische und wissenschaftliche Zwecke besteht und dass es dabei nicht zu Durchlässigkeiten in den illegalen Drogenhandel kommt. Er beobachtet Anbau, Produktion und Handel mit Drogen. Der Suchtstoffkontrollrat stellt Schwächen in den internationalen und nationalen Drogenkontrollsystemen fest und hilft bei deren Beseitigung. Außerdem überwacht der Rat den internationalen Handel mit Vorläufersubstanzen, um deren Abzweigung für die illegale Herstellung von Suchtstoffen und psychotropen Substanzen zu verhindern.

Die illegalen Drogenhandelsorganisationen machten glänzende Geschäfte und würden ihre enormen Erlöse in "Finanzparadiesen" waschen. Deshalb seien Anti-Geldwäsche-Übereinkommen die innovativsten Bestimmungen gegen den Drogenhandel. Dabei seien einige Fortschritte erzielt worden, berichtete Martins.

"Energische Maßnahmen" seien aber erforderlich, erläuterte der Drogenexperte. Andernfalls würden kriminelle Organisationen weiterhin legale Wirtschaftsunternehmen unterwandern und politischen Einfluss erkaufen. Ein wirksames Vorgehen gegen die Drogen- und Geldwäscheorganisationen funktioniere aber nur bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Sicherheits- und Justizbehörden. Nur eine internationale Kooperation der Justizbehörden ermögliche eine Strafverfolgung der international tätigen kriminellen Organisationen und die Beschlagnahme des illegal erworbenen Vermögens. Lourenço Martins bezeichnete es als "absurd", dass einerseits Betäubungsmittel in großem Umfang auf illegalen Märkten erhältlich seien, andererseits viele Menschen vor allem in den Entwicklungsländern keinen Zugang zu Schmerz lindernden Mitteln hätten.

Die Einrichtung von "Fixerstuben" wird im jüngsten INCB-Drogenbericht kritisiert. Diese Räume, in denen sich Abhängige Drogen spritzen können, entsprechen nicht den Suchtstoffüber-einkommen. Staatliche oder kommunale Behörden, die die Einrichtung und den Betrieb solcher Injektionsräume zulassen, erleichtern auch den unerlaubten Drogenhandel, wird im Bericht angemerkt. Als Alternative schlägt der Suchtstoffkontrollrat Therapiezentren vor, in denen Süchtige unter Fachaufsicht medizinisch behandelt und mit Arzneien versorgt werden.

"Höchst beunruhigend" ist laut Bericht der zunehmende Missbrauch von Cannabis unter Kindern und Jugendlichen. Sehr starke Cannabisprodukte sind leicht erhältlich, viele Regierungen bei weichen Drogen zu nachsichtig. Der zunehmende In-Door-Anbau von Cannabis in Westeuropa und die Intensivierung des Anbaus in Südeuropa, vor allem in Albanien, hat zu einem erhöhten Angebot geführt und damit zu erhöhtem Konsum.

In der Schweiz hat sich der Cannabismissbrauch von unter 15-jährigen Schülern in den vergangenen zwölf Jahren vervierfacht; in Frankreich hat ein Viertel der Gymnasiasten Cannabis zumindest probiert; die Hälfte davon konsumiert die Droge regelmäßig. In Deutschland haben mehr als zwei Drittel der Jugendlichen, die zu Techno-Parties gehen, Cannabis genommen.

China ist zu einem Großproduzenten für amphetaminhaltige Aufputschmittel geworden, heißt es im Bericht. Der Missbrauch dieser Drogen weitet sich rasch in Ost- und Südostasien aus. Rund 75 Prozent des weltweiten Opiumangebots kommen aus Afghanistan, wo neue Anbaugelände erschlossen werden. 1999 erreichte die Produktion die Rekordhöhe von 4.600 Tonnen. Die regierenden Taliban gaben einerseits vor, die Opiumherstellung zu verbieten, andererseits heben sie Steuern auf dem Mohnanbau ein.

Heroin breitet sich vor allem in Zentralasien und im Kaukasus rapide aus. Eine Besorgnis erregende Situation ortet der INCB in Australien, wo das durchschnittliche Einstiegsalter bei Heroin unter 18 Jahren liegt, in einigen Gebieten bei etwa 15 Jahren.

"Operation Purple"

Eines der Hauptziele des Suchtstoffkontrollrats ist die Verfolgung von "Vorläufersubstanzen", chemischer Mittel, die bei der illegalen Herstellung von Drogen verwendet werden. Der INCB und die Regierungen der wichtigsten Hersteller-, Aus- und Einfuhrländer von Vorläufersubstanzen sind an einem internationalen Überwachungsprogramm beteiligt, unterstützt von Interpol und der Weltzollorganisation (WCO). Benannt wurde die Operation nach der Farbe von Kaliumpermanganat, einer Chemikalie, die in der Industrie aber auch für die illegale Kokainproduktion verwendet wird. Im Rahmen der "Operation Purple" werden alle größeren Lieferungen von Vorläuferstoffen vom Hersteller- bis zum Zielland überwacht. Bei verdächtigen Transaktionen werden die zuständigen Behörden informiert. Diese können eine Lieferung stoppen bzw. beschlagnahmen.

Von April bis November 1999 wurden mehr als 200 grenzüberschreitende Lieferungen von Kaliumpermanganat überwacht - insgesamt 5.800 Tonnen. 13 Lieferungen waren verdächtig. Sechs geplante Transporte mit über 1.000 Tonnen nach China wurden gestoppt, ebenso eine 80-Tonnen-Lieferung von China nach Venezuela. Auch in Belgien, Großbritannien, Deutschland und in den Niederlanden unterblieben Lieferungen von Kaliumpermanganat nach behördlicher Intervention. "Phase 2" der "Operation Purple" ist im Jänner 2000 angelaufen.

W.S.